

wendet haben, daß infolge der gemeinsamen Geschichte von Jahrhunderten auch jetzt immer mit Interesse das Schicksal Finnlands verfolgt hat. Ich versichere Sie, daß ich und meine Regierung dem Bestreben Finnlands, die vollständige Unabhängigkeit zu erreichen mit warmer Empathie folgen und den lebhaftesten Wunsch hegen, Finnland als unabhängigen Staat anerkennen zu können. Eine wichtige Sache in dieser ganzen Frage ist jedoch die Möglichkeit eines Einverständnisses zwischen Ihrem Lande und Rußland, doch habe ich Grund, auf einen glücklichen Ausgang Ihrer Bestrebungen zu hoffen. Selbstverständlich muß auch die Haltung der anderen Mächte berücksichtigt werden. Sie können immer von meinen warmen Wünschen für Sie und das künftige Wohl Ihres Landes überzeugt sein.

30. Dez. Der Ministerpräsident über die Alandfrage.

Ministerpräsident Eden hält in Stockholm eine Rede über die gegenwärtige Lage, wobei er über die Alandfrage bemerkt, daß es die allgemeine Meinung gewesen sei, die Regelung dieser Frage bei den allgemeinen Friedensverhandlungen herbeizuführen. Da indessen jetzt die Friedensverhandlungen nur zwischen den Mittelmächten und Rußland eröffnet, also wenigstens bisher nicht allgemein seien, habe die schwed. Regierung sofort gefunden, daß die Frage in anderer Form aufgenommen werden müsse, damit sie nicht völlig übergangen werde, falls Rußland aus dem Kriege ausscheide. Maßnahmen zu diesem Zweck seien auch bereits von der Regierung getroffen worden. Es könne so viel gesagt werden, daß Schweden von der völkerrechtlichen Tatsache, die durch den Vertrag von 1856 geschaffen wurde, ausgehe und bestrebt sei, auf dieser Grundlage zu einer besseren und wenn möglich gesicherteren Lösung zu gelangen als sie durch den genannten Vertrag erzielt worden sei.

XV.

Norwegen.

12. Jan. (Storting.) Eröffnung der Tagung. Staatsbudget.

In der Thronrede weist der König auf die wachsenden Schwierigkeiten der Neutralen infolge des Krieges hin. Trotz des Strebens Norwegens nach strenger allseitiger Neutralität seien Meinungsverschiedenheiten mit den Kriegführenden infolge abweichender Interessen nicht zu vermeiden gewesen. Die Regierung habe sich bei Behandlung dieser Angelegenheiten des Ratcs der Stortingssprekanden und der Parteiführer bedient, was das aber nicht für genügend, so daß die Einsetzung eines Storting-Ausschusses erzwungen werden solle, den die Regierung in wichtigen Fragen zuziehen könnte. Die Thronrede erwähnt weiter die Begegnungen zwischen den Ministern der Auswärtigen Angelegenheiten der skandinavischen Länder und die Noten zur Unterstützung von Wilsons Schritte und geht dann auf die Staatsfinanzen ein.

(Der in der Thronrede angeregte parlamentarische Ausschuss soll aus 16 Mitgliedern und zwar aus sechs Anhängern der Regierungspartei, je zwei der rechten und der sozialdemokratischen Opposition besteht und in Permanenz, also auch während der Stortingvertagung tagen. Die Regierung wird ihm alle außerpolitischen Maßnahmen vorlegen, wobei er